

BADEN-TURGI: Die beiden Gemeinden sagen Ja zur Ausarbeitung eines Fusionsvertrags

Erleichterung auf beiden Seiten

Baden und Turgi haben Ja zur Ausarbeitung eines Fusionsvertrags der beiden Gemeinden gestimmt. Damit geht das Projekt in die zweite Phase.

ILONA SCHERER | BENI FRENKEL

Die Anspannung bei den beiden Gemeinden war riesig: Während die Stimmen in Turgi bereits relativ früh ausgezählt waren, liess das Ergebnis aus Baden aufgrund der höheren Einwohnerzahl länger auf sich warten. Um 12.25 Uhr kam der erlösende Anruf von Badens Stadtmann Markus Schneider an den Turgemer Gemeindevizeamann Adrian Schoop: Auch Baden stimmt der Ausarbeitung eines Fusionsvertrags zu. Kurz darauf knallten im Gemeinderatszimmer in Turgi die Sektkorken. Gemeinsam mit Vizeamann Astrid Barben sowie den Gemeinderäten Daniel Lienammer und Markus Wälty stiess Schoop auf das Abstimmungsergebnis an. Insgesamt haben in Baden 58,7 Prozent (4170 Ja, 3062 Nein) dafür gestimmt, in Turgi sogar 84 Prozent (660 Ja, 126 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug in Baden 60,2 und in Turgi 52,7 Prozent.

«Die Anspannung war riesig»

Stadtmann Markus Schneider (Die Mitte) zeigte sich gegenüber der «Rundschau» erleichtert: «Die hohe Zustimmung ist ein Ausdruck der Bevölkerung, dass wir den richtigen Weg gewählt haben.» Ziel sei es nun, das Nein-Lager in den nächsten Monaten zu überzeugen. Schneider sprach dabei von einer «Herausforderung». So müsse man der Bevölkerung vor allem die finanziellen Aspekte der Fusion nochmals darlegen. Auch Adrian Schoop freute sich über das Ergebnis: «Die Anspannung war riesig. Das Ja



Nach dem Abstimmungsergebnis folgte die Welle: Gross ist die Freude bei den Politikern von Baden und Turgi

BILD: SHA

war enorm wichtig für uns. Es ist ein klares Zeichen, dass der Souverän erkannt hat, was wir Baden bieten können: Raum für die Entwicklung hin zu einem noch attraktiveren Regionalzentrum, von dem Turgi gern Teil sein wird.»

Delegationen der beiden Gemeinden trafen sich am Sonntagnachmittag beim Badener Stadthaus, um sich gemeinsam über das positive Ergebnis zu freuen.

Tobias Vonesch, SVP-Einwohnerrat und grosser Kritiker der Fusion, sagte gegenüber der «Rundschau»: «Für uns ist das Ergebnis eine sehr gute Ausgangslage. Die 41,3 Prozent

Nein-Stimmen werden uns bei der nächsten Abstimmung wohl erhalten bleiben.» Nationalrätin Stefanie Heimgartner (SVP) stört sich allerdings an der Abstimmungszeitung. Diese habe sich die gegnerische Seite nicht zu Worte kommen lassen. Heimgartner will nun juristische Schritte prüfen lassen.

Nächste Abstimmung im März 2023

Mit dem Abstimmungsergebnis werden der Stadtrat Baden und der Gemeinderat Turgi beauftragt, einen Fusionsvertrag für den Zusammenschluss der beiden Gemeinden per

1. Januar 2024 auszuarbeiten. Der Vertrag regelt die Details der Fusion. Im November/Dezember 2022 beschliessen der Einwohnerrat Baden und die Gemeindeversammlung in Turgi über den Vertrag. Stimmen beide Gremien zu, kommt es im März 2023 zu einer zweiten Volksabstimmung, in der die Fusion besiegelt werden könnte.

In der zweiten Projektphase wird die Bevölkerung nun aktiv eingebunden, indem sie über spezifische Fusionsthemen wie Freizeit, Kultur, Jugend und Alter mitdiskutieren kann. Die genaue Form dieser Partizipation wird nun nach der ersten Volksabstimmung ausgearbeitet.

KOMMENTAR

Ein guter Ehevertrag ist nötig

Das Aufatmen am anderen Ende der Leitung war deutlich hörbar. Der Badener Stadtmann Markus Schneider zeigte sich nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses vor allem erleichtert. 58,7 Prozent der Wahlberechtigten in Baden sprachen sich für die Ausarbeitung eines Fusionsvertrags mit Turgi aus. Der Badener Stadtrat machte die Welle, und in Turgi knallten sogar die Sektkorken. Die beiden Gemeinden haben nun den Auftrag erhalten, einen detaillierten Fusionsvertrag auszuarbeiten. Schneider sagte nach der Abstimmung, dass er in den nächsten Monaten das Nein-Lager mit Argumenten überzeugen wolle. Das ist die richtige Erkenntnis. Viele Einzelheiten sind nämlich noch ungeklärt. Zum Beispiel die Frage zum Standort der gemeinsamen Feuerwehr oder die Zuständigkeitsfrage für die Waldbewirtschaftung. Aber vor allem muss aufgezeigt werden, dass das Versprechen eingehalten werden kann, den tiefen Steuerfuss von Baden langfristig bei 92 Prozent zu halten. Turgi und Baden schreiben in ihrem gemeinsamen Finanzbericht, dass sie «idealerweise keine Steuererhöhung» nach der Fusion erwarten. Die Steuerausfälle bei gleichem Steuerfuss beziffert der Bericht auf 1,4 Millionen Franken. Um ihre Fusionsgegner zu überzeugen, müssen Baden und Turgi deswegen noch deutlicher aufzeigen, dass ihre Ehe auf solider Basis gegründet.



Beni Frenkel
Redaktor
redaktion@effingermedien.ch

BADEN EM 2021

Für die Fussballeuropameisterschaft vom 11. Juni bis zum 11. Juli hat der Stadtrat die Öffnungszeiten des Gastbetriebes und der temporären Gastbetriebe sowie der Public Viewings festgelegt. Dazu wurde ein Merkblatt erstellt. Wie zu früheren Gelegenheiten besteht ein grosses öffentliches Interesse an der Euro 2020. Der Stadtrat möchte trotz der Corona-Situation ermöglichen, dass die Spiele gemeinsam im Public Viewing genossen werden können. RS

Inserat

Gässliacker
leben und wohlfühlen

Bleiben Sie gesund.
Wir sind für Sie da.

Stiftung Gässliacker
Zentrum für Alter und Gesundheit
www.gaessliacker.ch

1.15.56 RSP

LA BIOSTHETIQUE
COIFFEUR TEAM NIGG

30 Jahre Team Nigg

WWW.COIFFEUR-TEAM-NIGG.CH

E. NIGG-SCHERRER
ANTONIUSSTR. 2
5430 WETTINGEN
TEL. 056 426 8260

114888 RSP

BADEN: Ärgernis wegen illegaler Deponierung von Abfall in Dättwil

Der «Schandfleck von Dättwil»

Ein Anwohner nervt sich über den Abfall an der Pilgerstrasse. Die Stadt gibt Ratschläge und will notfalls Bussen verteilen.

BENI FRENKEL

Fünfzehn Franken kostet eine Zehnerrolle Abfallsäcke à 35 Liter. Wer in Dättwil an der Pilgerstrasse entlangfährt, kann zu folgendem Schluss kommen: Für ein paar Einwohnerinnen und Einwohner ist das zu viel. Unrat liegt tagelang auf dem Trottoir, und wenn der Regen kommt, wird es erst recht unangenehm.

Katzenbäume und Fitnessgeräte

Viktor Pabst ist ein stolzer Dättwiler. Er wohnt schon lange im Quartier und hat viel von der Welt gesehen. Mit Enttäuschung hat er sich aber letzte Woche an die «Rundschau Süd» gewandt: «In Dättwil hat sich die Abfallsituation in den letzten zwölf Monaten massiv zuspitzt. Vor allem die Pilgerstrasse ist zu einem allgemeinen Entsorgungsplatz geworden.»

Viktor Pabst benutzt für die Pilgerstrasse sogar den Ausdruck «Schandfleck von Dättwil». Er berichtet von Katzenbäumen, Bürostühlen und sogar Fitnessgeräten, die achtlos und illegal auf offener Strasse entsorgt wurden. Für die Schulkinder seien solche Gegenstände natürlich eine «Gaudi». Sie spielen damit und demolieren die



Die Pilgerstrasse entwickelt sich immer mehr zu einem «Schandfleck», so Anwohner Viktor Pabst

BILD: ZVG

Gegenstände zusätzlich. Die der «Rundschau» zugesandten Fotos belegen seinen Vorwurf.

Abfall sorgt für Kopfschütteln

Was Pabst nicht verstehen will: «Eigentlich hat uns die Stadt Baden

Entsorgungsplätze eingerichtet, zum Beispiel im Grund.» Ausserdem existiere ein Plan für Müll- und Grünabfuhr. Trotzdem würden Abfälle illegal entsorgt.

Die Stadt Baden schreibt auf Anfrage: «Die Abfallkübel entlang der Pilgerstrasse werden täglich geleert, und die Kehrichtabfuhr erfolgt wöchentlich.» Wer unsachgemäss Sperrgut auf das Trottoir abstellt, darf nicht davon ausgehen, dass die Sachen mitgenommen werden. Thomas Stirnemann, Leiter des Werkhofs, sagt: «Auch zu spät bereitgestellter Karton müsste eigentlich von den Verursachern zurückgenommen werden.»

Abfall zieht Tiere an

In Bezug zur Pilgerstrasse, die sich unweit des Waldes befindet, weist Stirnemann noch auf ein wichtiges Detail hin: «Sind Containerdeckel offen, ist das eine Einladung für Füchse, die in diesen Wochen auch Jungtiere aufziehen.» Die «Einladung» gelte aber auch für Krähen, welche die Abfallsäcke aufreissen, da diese vielfach Essensreste enthalten. «Das Resultat ist auf den Fotos von Herrn Pabst sichtbar», so Stirnemann. Der Werkhofsleiter appelliert darum, die Containerdeckel geschlossen zu halten.

Bewohnerinnen und Bewohner können sich mit solchen Anliegen direkt an den Werkhof wenden. Stirnemann: «So können wir der Sache nachgehen, Liegenschaftsbesitzer anschreiben und falls gerechtfertigt Bussen ausstellen.»